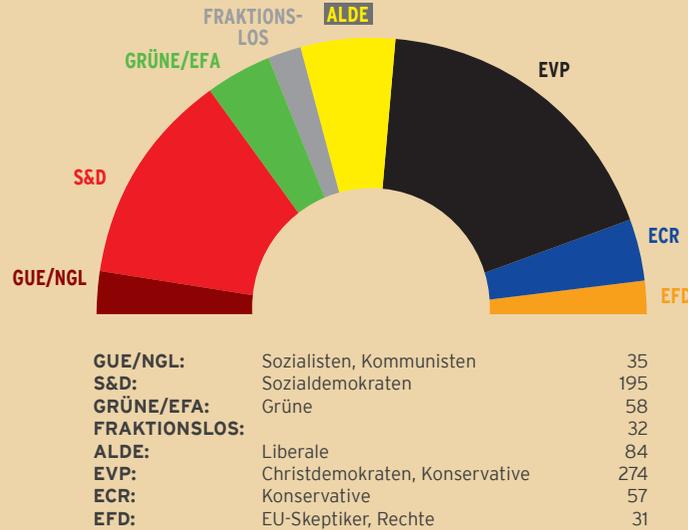


MIT DEINER STIMME WIRD EUROPA DAS, WAS WIR BRAUCHEN

Parteien und Mandate im EU-Parlament



Quelle: Europäisches Parlament (www.europarl.europa.eu, Stand 29. März 2014)

Mehr Sozialdemokratie in Europa

Die konservativen und liberalen Parteien haben mit ihrer Politik die Gier nach schnellem Geld verstärkt und damit die Abwärts-spirale in Europa ordentlich in Gang gesetzt. Ihre Klientel: Reiche, Spekulanten, Finanzlobbyisten. Und bis heute haben sie es mit ihrer Mehrheit nicht der Mühe wert gefunden, die EU wieder aus ihrer schlimmsten Krise zu führen. Das schadet jedem Land – auch unserem!

- Es ist an der Zeit, die Sozialdemokratie wieder zur stärksten Kraft in der EU zu wählen.
- Nur mit der Sozialdemokratie kann es klare Verhältnisse und echte Veränderungen geben.

IMPRESSUM

Herausgeber: GewerkschafterInnen in der SPÖ (GewSPÖ), Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, E-Mail: zentrale@gewspoe.at, www.gewspoe.at, ZVR: 350780438. Medieninhaber (Verleger): Verlag des ÖGB GmbH. Verlagsort: Wien. Grafikdesign: Verlag des ÖGB GmbH. Fotos: SPÖ, zur Verfügung gestellt, N. Wagner-Strauss.



EUGEN FREUND



WIR MACHEN
**EIN EUROPA
FÜR MENSCHEN.**

EVELYN REGNER

ERST DER
MENSCH,
DANN DER
PROFIT.



WIR BRAUCHEN INVESTITIONEN UND BILDUNGSANGEBOTE

Investieren und Beschäftigung ankurbeln!

Der Sparwahn der bisherigen konservativ-liberalen Mehrheit in Europa führte zu Privatisierungen und Kürzungen im Sozialbereich, Einschränkungen gewerkschaftlicher Grundrechte, Eingriffen in Mindestlöhne und zu Lohn- und Sozialdumping. Damit muss Schluss sein!

Europa kann nur durch Investitionen und die Leistungen der ArbeitnehmerInnen aus der Krise herauswachsen. So schaffen wir sozialdemokratischen GewerkschafterInnen ein Europa, von dem alle was haben – nicht nur die Reichen, die Spekulanten und die Banken. Wir fordern daher:

- **Jugendarbeitslosigkeit konsequent bekämpfen**
- **gute Arbeitsplätze mit Perspektiven statt Praktika und unbezahlte Jobs**
- **Kaufkraft und Einkommen sichern**
- **neue Arbeitsplätze durch Investitionen in Infrastruktur, sozialen Wohnbau und einen starken Sozialstaat schaffen**

Die SpitzenkandidatInnen der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen zur EU-Wahl:

EVELYN REGNER

HEIDI HIRSCHBICHLER

SASCHA ERNSZT

THOMAS KATTNIG



WIR BRAUCHEN ARBEIT, VON DER MAN GUT LEBEN KANN

Strategie für Wachstum & Wohlstand für alle

Der Standortwettbewerb zwischen den einzelnen EU-Ländern ging bisher vor allem zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Mitgliedstaaten werben sich gegenseitig Firmen ab, indem sie mit immer niedrigeren Unternehmenssteuern und Löhnen locken.

Dazu wollen die Neoliberalen auch noch wichtige öffentliche Güter und Dienstleistungen privatisieren, wie zum Beispiel Wasser, Energie, Flugsicherung, Post, Telekom, Verkehr, Wohnbau, Gesundheit oder soziale Dienste. Das werden wir verhindern durch:

- **Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping**
- **Bestbieter- statt Billigstbieterprinzip bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**
- **einheitliche Mindeststandards ohne Ausnahmen (keine einseitigen Spardiktate der EU-Kommission)**
- **keine Privatisierung und kein Ausverkauf von Staatsanteilen an strategisch wichtigen Unternehmen**

SYLVIA REISS

WOLFGANG GREIF

GERALD KREUZER



WIR BRAUCHEN KLARE REGELN AUF DEN FINANZMÄRKTEN

Null Toleranz bei Steuerbetrug und Spekulation

Der EU entgehen durch Steuerflucht und Steuerbetrug jährlich 1.000 Milliarden Euro. Geld, das die Menschen in Europa dringend brauchen. Wenn Geld für Pleite-Banken da ist, muss auch Geld für die ArbeitnehmerInnen da sein – allen voran für jüngere und ältere.

Unternehmen müssen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie erwirtschaftet werden. Ebenso müssen wir bei der Vermögensbesteuerung endlich auf internationales Niveau aufholen. Wir setzen uns ein für:

- **Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerbetrug sowie für ein Ende des Steuersenkungswettlaufs für Unternehmen**
- **Beschränkung der Macht der Finanzlobby**
- **funktionierende Bankenunion und Finanzmarkt-aufsicht zur Entlastung der SteuerzahlerInnen**
- **vermögensbezogene Steuern und Einführung der Finanztransaktionssteuer**

